

EMPOWERMENT UND POLITISCHE JUGENDBILDUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Der Empowerment-Ansatz wurde ursprünglich im Kontext der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA und der zweiten Frauenbewegung in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt. Er bezeichnet Entwicklungsprozesse, in denen Menschen ihre Ohnmacht überwinden, sich ihrer Stärken und Ressourcen bewusst werden, diese weiterentwickeln und ihr Leben zunehmend selbstbestimmt in die Hand nehmen. Empowerment-Strategien sind somit sehr geeignet, Kernziele der Arbeit der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung zu erreichen: Die Förderung eigenständigen Handelns, gesellschaftlichen Engagements und der politischen Teilhabe junger Menschen. Sie sind zudem für die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen besonders attraktiv: Als prekarierte, machtarme Gruppe, die sich mit den psychischen und physischen Folgen ihrer Flucht im Gepäck in einer neuen Umgebung zurechtfinden muss, erscheinen sie als ein erfolgsversprechender Weg aus Isolation und Ohnmacht. Außerschulische politische Jugendbildungsarbeit befördert individuelle wie kollektive Voraussetzungen für eine demokratische, menschenrechtsbasierte Teilhabe in zivilgesellschaftlichen Formen. Zu einem so verstandenen „Empowerment für die demokratische Zivilgesellschaft“ kann sie einiges beitragen:

Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die im Projekt „Empowered by Democracy“ in Maßnahmen mit Jugendlichen, Fachveranstaltungen und Qualifizierungsangeboten entstehen, sind auf der Website dokumentiert:

www.empowered-by-democracy.de

Der Beitrag nimmt zentrale Aussagen eines im Projekt entstandenen Diskussionspapiers auf: „Empowered by Democracy. Was kann politische Bildung zum Empowerment geflüchteter Jugendlicher beitragen?“



Empowerment-Räume

Außerschulische politische Bildung kann geschützte Räume zur Verfügung stellen, in denen junge Menschen frei ihre Meinung sagen können, ohne sich als Person rechtfertigen zu müssen. Um diese Räume zu schaffen, bieten zentrale Gestaltungsprinzipien der außerschulischen politischen Jugendbildung wichtige Anknüpfungspunkte: Freiwilligkeit, Prozess-, Ressourcen- und Teilnehmendenorientierung, Partizipation und der Ansatz der Inklusion ermöglichen eine ermutigende Atmosphäre des Vertrauens. Teilnehmende können eigene Stärken entdecken, sich Wissen aneignen, sich vernetzen und über politische Fragen diskutieren. Es erleichtert ihnen auch, über eventuelle Konflikte oder Diskriminierungserfahrungen ohne Angst ins Gespräch zu kommen. So berichteten etwa einige junge Teilnehmerinnen des Workshops „Von der Rolle“ der Evangelischen Akademie Loccum von den stark patriarchal geprägten Strukturen und Praktiken ihrer Herkunftsländer, in denen es Mädchen verboten war, zur Schule zu gehen oder überhaupt allein das Haus zu verlassen. Sie formulierten ihre Wünsche an das Zusammenleben der Geschlechter: Als Mädchen oder Frauen unabhängig sein zu können und die praktikable Chance zu haben, Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts gemeinsam und solidarisch entgegenzutreten.

Im Hinblick auf das Empowerment der Teilnehmenden stellt die machtkritische Reflexion der eigenen Rolle eine wichtige Anforderung an politische Bildner*innen dar. Dies vorausgesetzt, bieten non-formale und informelle Lernsettings auch vermeintlich „unpolitischen“ Teilnehmenden die Möglichkeit, Erfahrungen im Sprechen über gesellschaftspolitische Themen zu sammeln. Sie stärken das Gefühl, „berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen“.¹ Es geht um die Anerkennung von Jugendlichen als politische Subjekte, die trotz eventuellem Fluchthintergrund nicht nur schutzbedürftig, sondern auch handlungsfähig sind. Dieser Aspekt ist auch aus Gender- und aus antirassistischer Perspektive von Bedeutung. Im Projekt „Empowered by Democracy“ hat es sich für manche Gruppen und Themen als sinnvoll erwiesen, zunächst getrennte Räume zu schaffen für Jungen und Mädchen oder für People of Color und Mehrheitsdeutsche. Gleichzeitig können in den Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung gezielt Begegnungsräume geschaffen werden für Jugendliche, die sich ansonsten im Alltag nicht begegnen.

Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten stärken

Die partizipations- und prozessorientierten Lernformen der außerschulischen politischen Bildung ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die das Vertrauen in die eigene Fähigkeit stärken, handelnd das eigene Lebensumfeld mitgestalten oder sogar verändern zu können. Besonders produktorientierte Maßnahmen bieten sich hier als Einstieg an. Methodisch sind sie geeignet, ein Thema auch mit geringen Sprachkenntnissen zu bearbeiten. Wenn zudem die erarbeiteten Produkte öffentlichkeitswirksam präsentiert werden, können die Ideen und Botschaften der Teilnehmenden Eingang in lokale politische Debatten finden. Jugendliche treten dann als zivilgesellschaftliche Akteure auf und erfahren die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Ein Beispiel aus der Evangelischen Jugend Nürnberg: Eine Gruppe geflüchteter Jugendlicher setzte sich über einen längeren Zeitraum mit dem Thema Vorurteile auseinander und erarbeitete ein Theaterstück, Kurzfilme und Graffiti. Die Produkte zeigen auf kreative Weise Möglichkeiten auf, wie man Vorurteilen begegnen kann und was es braucht, um in einer Migrationsgesellschaft friedlich und respektvoll zusammenzuleben.

Besonders solche etwas längerfristigen Bildungsprojekte sind geeignet, die psychologischen Voraussetzungen von demokratischer Teilhabe zu stärken: Selbstwertgefühl, Handlungskompetenz und Handlungsmotivation. Sicherlich gibt es geflüchtete Jugendliche, die ihre Flucht in dieser Hinsicht sogar gestärkt hat. Für diejenigen, die ihre prekäre Lebenssituation entmutigt hat, können Bildungsmaßnahmen einen Weg zurück in die Handlungsfähigkeit eröffnen.

Die Rolle der politischen Bildnerin oder des politischen Bildners

Empowerment zielt auf die Selbstbestimmung von Menschen. Ein professionelles Rollenverständnis als paternalistisch Belehrende oder Belehrender verbietet sich in diesem Kontext. Ein Selbstverständnis als Wegbereiterin, Ermöglicher oder auch als Organisationsreformerin in Bezug auf eine Steigerung des Diversitätsbewusstseins in Bildungseinrichtungen kommt den Empowerment-Gedanken näher.² Es stellt hohe Anforderungen, auch hinsichtlich der Sensibilität für Diskriminierungserfahrungen und für vielfältige Perspektiven und kulturelle Deutungsmuster. Zudem bewegen sich politische Bildner*innen, die mit geflüchteten Jugendlichen arbeiten, in einem durch Widersprüche geprägten Feld: Öffentlich geför-

derte politische Bildungsmaßnahmen mit jungen Geflüchteten, die auf Inklusion und Teilhabe zielen, finden derzeit vor dem Hintergrund einer sich zunehmend verschärfenden Asylpolitik statt, die auf Abschottung setzt und Menschenrechte in den Hintergrund treten lässt. Um weiterhin glaubwürdig demokratische Werte vertreten zu können, müssen politische Bildner*innen die Reflexion dieser Entwicklungen in ihre Arbeit aufnehmen.³ Auch können Empowerment-Prozesse zu Enttäuschungen und Frustration führen: Mitunter machen Teilnehmende nur kleine Fortschritte, nutzen die angebotenen Teilhabechancen nicht in dem Maße, wie politische Bildner*innen es sich wünschen oder brechen eine Maßnahme plötzlich ab. Auch das muss ausgehalten werden und erfordert einen reflektierten, professionellen Umgang, der auch beinhaltet, eigenständige Entscheidungen junger Menschen ernst zu nehmen.



Powersharing

Das Konzept des Powersharing ist die komplementäre Seite des Empowerments – es richtet sich nicht an Machtarme und Marginalisierte, sondern an die Mehrheitsgesellschaft.⁴ Die Frage ist: Inwiefern sind etablierte Träger politischer Bildung bereit, Ressourcen zu teilen, Macht abzugeben, um ein Empowerment Geflüchteter zu unterstützen?

Ein wichtiger Schritt in Richtung Powersharing ist der Einsatz von politischen Bildner*innen mit Fluchthintergrund.⁵ Geflüchtete können auf diese Weise Zugang zur Profession der politischen Bildung finden. Die politische Bildung muss die Perspektiven von Geflüchteten auf- und einnehmen, will sie die Verwirklichung des Rechts auf politische Teilhabe aller jungen Menschen befördern. Maßnahmen zur Qualifizierung Geflüchteter als politische Bildner*in sind somit als spezifischer Beitrag des Projekts „Empowered by Democracy“ zum Empowerment junger Geflüchteter zu verstehen.

Um individuelle und kollektive Empowerment-Prozesse junger Geflüchteter zu unterstützen, muss sich die politische Bildung verschiedenen Partnern öffnen und neue Netzwerke knüpfen. Beispielsweise versprechen Kooperationen mit Einrichtungen der Flüchtlingshilfe die Überwindung von Zugangsbarrieren. Vernetzt mit Jugendverbänden und Migrant*innenselbstorganisationen können Akteure der politischen Bildung konkrete Selbstorganisations-, Partizipations- und Aktionsmöglichkeiten vorschlagen.

Auch auf der organisatorischen Ebene unterstützt der Abbau von Zugangsbarrieren ein Empowerment von jungen Geflüchteten. Es geht um die Umsetzung des Prinzips der Inklusion: Alle jungen Menschen sollen von der politischen Bildung profitieren können. Aus dieser Perspektive müssen Arbeitsweisen, Angebote, Themen und Formate überprüft werden. Dies beginnt schon mit der Übernahme von Fahrtkosten oder der kostenfreien Bereitstellung von Räumlichkeiten. Empowerment-Prozesse mit geflüchteten Jugendlichen erfordern mitunter Arbeitsformen, die sonst eher aus sozialarbeiterischen Kontexten geläufig sind: Aufsuchende Beziehungsarbeit und zeitintensiver Vertrauensaufbau in informellen Settings.

Zu erwägen ist zudem, inwieweit politische Aktionen als Teil gelingender Demokratiebildung einzubeziehen sind.⁶ Am Projekt „Empowered by Democracy“ nehmen auch in politischen Gruppen organisierte Geflüchtete teil, deren Erfahrungen die Semindiskussionen bereichern und die ihrerseits wichtige Impulse für ihre politische Arbeit mitnehmen. Kooperation und Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie Migrant*innenselbstorganisationen oder Jugendverbänden ermöglichen professionsübergreifende Empowerment-Strukturen für geflüchtete Jugendliche. Hier wird auch deutlich, dass die im Beutelsbacher Konsens formulierten Prinzipien aus Empowerment-Perspektive einer Ergänzung bedürfen: In der Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung aus dem Jahr 2015 finden sich Anhaltspunkte: Politische Bildung muss Machtverhältnisse in den Blick nehmen und marginalisierte Positionen sichtbar machen, um eine höhere Pluralität in gesellschaftlichen Kontroversen zu ermöglichen. Sie muss Wege zur Gesellschaftsveränderung aufzeigen und dazu beitragen, die Potenziale junger Menschen zur innovativen Weiterentwicklung der Demokratie stärker zu nutzen.⁷

Orientierung, Bindung, Hoffnung

Selbst wenn politische Bildung nicht in politischem Handeln mündet, ermöglicht sie ein individuelles Empowerment. Wenn Teilnehmende nach einer durchlaufenen Bildungsmaßnahme etwas für sich persönlich gelernt haben, gesellschaftliche Machtstrukturen nun besser durchschauen und ihre individuellen Handlungsoptionen im Alltag erweitern konnten, hat sich die Teilnahme aus der Empowerment-Perspektive bereits gelohnt. Wenn sie neue Freundschaften geknüpft und mit einem höheren Selbstbewusstsein eine Bildungsveranstaltung verlassen, wird sie das für ihren weiteren Lebensweg stärken. Nicht zu unterschätzen sind zudem gerade bei geflüchteten Jugendlichen, deren Situation von Umbrüchen, Verlust und Irritationen geprägt ist, die enorme Bedeutung von Orientierungen, Bindungen und Vertrauen. Eine gelingende politische Bildung mit demokratischer Teilhabe als Zielperspektive muss diese emotionalen Bedarfe in ihren Angeboten berücksichtigen.⁸ Als wichtige Mitgestalterin der emotionalen und mentalen Verfasstheit unserer Gesellschaft tut sie gut daran, ihre Potenziale zu nutzen, um in unsicheren Zeiten Orientierung zu geben sowie inklusive Gemeinschaftsformen und demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Sie kann dazu beitragen, die Hoffnung junger Menschen auf Zukunft im pluralen Einwanderungsland Deutschland zu stärken.

1. Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M., S. 639 ff.
2. Vgl. Herriger, Norbert (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart.
3. Vgl. Wrasse, Eric (2018): Schizophren, realitätsfern und unglaublich? Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Nr. 1/2018, S. 31–34.
4. Vgl. Can, Halil (2008): Empowerment und Powersharing als politische Handlungsmaxime(n). In: Bundschuh, Stephan; Jagusch, Birgit; Mai, Hanna (Hrsg.): Holzwege, Umwege, Auswege – Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Düsseldorf, S. 53–56.
5. Vgl. den Beitrag „Wir sind hier“ in diesem Jahrbuch.
6. Vgl. Kenner, Steve (2018): Handlungskompetenz: die größte Herausforderung der Demokratiebildung? In: Kenner, Steve; Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt/M., S. 244–254.
7. Eis, Andreas et al. (2015): Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung. In: Journal für politische Bildung, Nr. 4/2015, S. 94–96.
8. Vgl. Negt, Oskar (2018): Gesellschaftspolitische Herausforderungen für Demokratiebildung. In: Kenner, Steve; Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt/M., S. 21–26.

Mark Medebach ist Projektkoordinator für das Projekt „Empowered by Democracy“ in der Geschäftsstelle der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung in Berlin.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.) (2018): Diversity rules! Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft. Jahrbuch 2018. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 26–31. www.politische-jugendbildung-et.de

